A 2007 E

Soziale Arbeit

11/91

Deutsche Zeitschrift
für soziale und
sozialverwandte Gebiete
40. Jg./November 1991

Teilfamilien: Strukturen, Probleme, Beratung

Von der Fürsorge zur Sozialarbeit: Nachqualifikationsprojekte in den neuen Bundesländern

Rahmenbedingungen der Arbeit der Berufsbetreuer

Großeltern-Dienst: Zwischen professioneller und ehrenamtlicher Sozialarbeit

dzi

Soziale Arbeit

11/91
40. Jahrgang
November

Teilfamilien: Strukturen, Probleme, Beratung 358
Martin R. Textor, München

DZI-Kolumne 359

Von der Fürsorge in der DDR zur Sozialarbeit in Deutschland 365
Analyse von Nachqualifikationsprojekten in den neuen Bundesländern
Fred Bäcker / Norbert Hahn-Thumbeck / Michael Pieper, Berlin

Rahmenbedingungen der Arbeit der Berufsbetreuer 372
Rolf Krüger, Lüneburg

Der Großeltern-Dienst 379
Ein Hilfesystem zwischen professioneller und „ehrenamtlicher" Sozialarbeit
Hilde von Balluseck / Christiane Hartmann, Berlin

Rundschau 383
Allgemeines 383
Sozialwesen 384
Gesundheitswesen 385
Jugendhilfe 386
Ausbildungs- und Berufsfragen 387

Tagungskalender 388

Zeitschriftenbibliographie Soziale Arbeit 389

Verlagsbesprechungen 393

Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Autoren

Martin R. Textor
Dr. Martin R. Textor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Familienforschung am Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung, Arabellastraße 1, 8000 München 81.

Fred Bäcker
Prof. Fred Bäcker unterrichtet an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin und ist Vorstandsvorsitzender des Instituts für Soziale Planung, Beratung und Organisation, Nußhäherstraße 46 a, 1000 Berlin 27.

Norbert Hahn-Thumbeck
Norbert Hahn-Thumbeck, Dipl.-Soz.-Arb./Soz.-Päd., ist Vorstandsmitglied des Instituts für Soziale Planung, Beratung und Organisation, Nußhäherstraße 46 a, 1000 Berlin 27.

Michael Pieper
Michael Pieper, Dipl.-Soz.-Arb./Soz.-Päd., ist Vorstandsmitglied des Instituts für Soziale Planung, Beratung u. Organisation, Nußhäherstraße 46 a, 1000 Berlin 27.

Rolf Krüger
Rolf Krüger ist Lehrender Sozialarbeiter für Verwaltungslehre, Wohlfahrtspflege, Jugendhilfe und Sozialmanagement am FB Sozialwesen der Fachhochschule Nordostniedersachsen, Munstermannskamp 1, 2120 Lüneburg.

Hilde von Balluseck
Dr. Hilde von Balluseck hat eine Professur an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Karl-Schrader-Straße 6, 1000 Berlin 30.

Christine Hartmann
Christine Hartmann, Dipl.-Soz.-Arb., arbeitet am Projekt „Großeltern-Dienst", c/o Berliner Frauenbund von 1945 e. V., Ansbacher Straße 63, 1000 Berlin 30.

Schaub, H. A.; Schaub-Harmsen, F. (1984): Einelternfamilien. Erfahrungsbericht einer dreijährigen psychosozialen Arbeit. Familiendynamik 9, S. 19–32.
Simenauer, J.; Carroll, D. (1982): Singles: The new Americans. New York: Simon and Schuster.
Sozialdienst Katholischer Frauen – Zentrale e. V. (1988): Trennung/Scheidung. Kinder in Einelternfamilien. Dortmund: Selbstverlag.
Statistisches Bundesamt (1989): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
Swientek, C. (1984): Alleinerziehende – Familien wie andere auch? Zur Lebenssituation von Ein-Eltern-Familien. Theorie und Praxis der Frauenforschung, Band 1. Bielefeld: Kleine.
Textor, M. R. (1989) (Hg.): The divorce and divorce therapy handbook. Northvale, London: Aronson.
Textor, M. R. (1991): Scheidungszyklus und Scheidungsberatung. Ein Handbuch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Thiesmeier, M.; Schrapper, C. (1989): Eltern- und Familienarbeit in der Heimerziehung. Anmerkungen zu einem komplizierten Aufgabenbereich. In: Hohmeier, J.; Mair, H. (Hg.): Eltern- und Familienarbeit. Familien zwischen Selbsthilfe und professioneller Hilfe. Freiburg: Lambertus, S. 90–118.
Tiemann, I. (1986): Kinder geschiedener Eltern. Erfahrungen – Erkenntnisse – Perspektiven. Düsseldorf: Arbeitsstelle Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz.
Wallerstein, J. S.; Blakeslee, S. (1989): Gewinner und Verlierer. Frauen, Männer, Kinder nach der Scheidung. Eine Langzeitstudie. München: Droemer Knaur.
Warren, N. J.; Konanc, J. T. (1989): Single-parent families. In: Textor, M. R. (Hg.): The divorce and divorce therapy handbook. Northvale, London: Aronson, S. 303–331.
Weltner, J. S. (1982): A structural approach to the single-parent family. Family Process 21, S. 203–210.

Fred Bäcker/
Norbert Hahn-Thumbeck/
Michael Pieper

Von der Fürsorge in der DDR zur Sozialarbeit in Deutschland

Analyse von Nachqualifikationsprojekten in den neuen Bundesländern

Vorbemerkungen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Dozent/-innen und Professor/-innen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik lud für den 25. bis 29. Juni 1990 zu einem ersten gesamtdeutschen Kongress für Sozialarbeit/-pädagogik in Berlin ein. Die Vorbereitung und Durchführung wurde überwiegend von Berlin aus geplant. Die Möglichkeiten der Fachhochschule oder einer Senatsstelle, diesem Kongreß finanzielle Unterstützung zu gewähren, jedoch auch die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Kongresses waren nicht vorhanden. Das Zustandekommen ist letztlich der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem damaligen gesamtdeutschen Ministerium zu verdanken.

Mit den März-Wahlen in der DDR war eine Vorentscheidung, auch hinsichtlich der Sozialpolitik, getroffen. Diese politische Entscheidung, und das war eindeutig, würde eine Veränderung der sozialen Dienste und Einrichtungen nötig machen. Über die kurzfristigen Veränderungen hinaus galt es auch perspektivisch neue soziale Dienste und somit auch neue Ausbildungseinrichtungen in ihren Profilen zu bestimmen. Um die zu erwartenden Transformationsschwierigkeiten der sozialpolitischen Programme, aber auch um das in dieser Zeit latent spürbare westdeutsche Hegemoniestreben abzuwehren, war es uns ein besonderes Anliegen, die Vertreter der DDR inhaltlich stark zu beteiligen.

Zudem erschien es zu diesem Zeitpunkt unrealistisch, daß bestehende Strukturen der sozialen Sicherungssysteme, versehen mit leichten Reformen und ideologischen Korrekturen, er-

halten werden könnten. Der „Hochdruck" des politischen Einigungsprozesses war enorm und ließ etwaige Hoffnungen in diese Richtung als politisch naiv erscheinen.

Der inhaltliche Anspruch des Kongresses war, nicht etwa an den sozial gewachsenen Strukturen vor Ort (Ökonomie, Kultur, Bildung, Kommunikation etc.) vorbei zu diskutieren und zu planen, sondern gerade diese zu problematisieren. Hierzu war es notwendig, die Funktionsbestimmungen den strukturellen Momenten voranzustellen. Folglich war ein analytischer Entwurf der Differenzierungen und hierarchischen Ordnungsmomente in sozialen Systemen, insbesondere in Ausbildungssystemen zu erarbeiten.

Es mußte auf dem Kongreß eruiert werden, welche der vorhandenen Ausbildungsstellen im weitesten Sinne zur sozialen Arbeit ausgebildet hatten. Aus unserer Sicht war es besonders wichtig, den Rahmen nicht zu eng zu arrangieren. Für die Vertreter/-innen der einzelnen Ausbildungsstätten der DDR war dieses Vorgehen – verständlicherweise – nur bedingt akzeptabel, da unter diesen Voraussetzungen ein Konkurrenz-Moment etabliert war. Dieses Moment wirkte sich nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch auf die zu erwartende Zukunft aus. In dieser gegenwärtigen Stimmung unter den DDR-Vertretern, aber auch zwischen den DDR-Vertretern und den westdeutschen Teilnehmern, wurde der Anfang des Kongresses hierdurch inhaltlich geprägt. Darüber hinaus zeigten sich neben einigen Vertreter/-innen aus der DDR auch andere Kongreßteilnehmer/-innen auffällig überrascht über die Wandlungsfähigkeit einiger Institutionen, die für sich in Anspruch nahmen, nicht weit von den westdeutschen Ausbildungsprofilen auszubilden.

Weiterhin stand am Anfang das „Staunen" bis völlige Unverständnis der DDR-Vertreter über die Breite der westdeutschen Sozialarbeit. Die Geschichte der sozialen Arbeit, ihr gegenwärtiger Stand und deren Weiterentwicklung wurden dargestellt, ebenfalls die Perspektiven der Entwicklung, insbesondere die Einflüsse des Europäischen Binnenmarktes auf die soziale Arbeit. Um die Ausbildungsprofile der konfessionellen Träger wie auch des universitären Bereichs einsehbar und einschätzbar werden zu lassen, wurden Referate gehalten. (Vgl. Referate von Fred Bäcker und Walter Karberg, FH Berlin, Johannes Kemser, FH München und C. Wolfgang Müller, TU Berlin.)

Von den Vertretern der DDR wurden Konzeptionen zur Errichtung von neuen sozialen Ausbildungen vorgelegt. Allen Konzeptionen gemeinsam war, daß sie die vorhandenen Kompetenzen in irgendeiner Weise nutzen wollten. Die Filterung dieser Kompetenzen war nicht nuanciert genug, so daß eine exakte Diskussion nur in Ansätzen gelang. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß schon erste Erfahrungen über die abrupte Abwicklung und Aussetzung ganzer Ausbildungsbereiche vorlagen. Insofern haftete eine gewisse taktische oder strategische Darstellung allen Konzeptionen zumindest verdachtsweise an. Einige dieser Konzepte entlarvten sich bei genauerer Einsicht als äußerst spezifisch. Die Spezialisierung erklärte sich eher aus den vorhandenen Kapazitäten als aus konzeptionellen Stärken. Als Zwischenergebnis konnte festgestellt werden, daß es im hohen Maße sinnvoll sein würde, gemeinsame Konzeptionen, besser noch praktische Kooperationen, zu entwickeln.

Zu folgenden Themen wurden gemischte Ost/West-Arbeitsgruppen eingerichtet:
- Theorie und Methoden in der Sozialarbeit
- Therapeutische Interventionsformen in der sozialen Arbeit
- Innovative Formen der sozialen Arbeit
- Alternative Arbeitsfelder und deren Perspektiven in der sozialen Arbeit

Die Erkenntnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen bestätigten unser Zwischenergebnis. Der Dialog mit Praktikern der sozialen Arbeit im West- und Ostteil Berlins bestätigte unsere Annahmen.

Die Entstehungsgeschichte des Instituts für soziale Planung, Beratung und Organisation

Mit dem Ergebnis des Kongresses stand nun die Frage nach der Gestaltung von Kooperationsmodellen im Vordergrund. Die Wirtschafts- und Sozialunion war real geworden. Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen waren nun konkret einzuschätzen. Zusehens bestand erhöhter Handlungsbedarf. Um nicht in einen blinden Aktivismus zu verfallen, diskutierten einige im Bereich der sozialen Arbeit engagierte Personen eine Organisationsform.

Vorhandene und zur Verfügung stehende Organisationsformen schieden aus. So wog z. B. die Einschätzung schwer, daß aus der Fachhochschule heraus nur sehr träge gehandelt werden könnte, daß nach einer grundsätzlich flexibleren Organisationsform gesucht wurde. Unsere Planung sah schon sehr früh einen zeitlich dreigliedrigen Organisationsprozeß vor.

Am Anfang sollte eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts entstehen, danach ein eingetragener Verein. Schließlich sollte dieser Verein als Institut an/bei der Fachhochschule für Sozialarbeit/ -pädagogik in Berlin etabliert werden. Durch diese Vorgehensweise konnten wir eine hohe und flexible Handlungskompetenz in der Kombination mit einer starken Legitimation nach außen erreichen. In der Anfangsphase erwarben wir uns die Legitimation durch einen auf allen Ebenen gefüllten diskursiven Prozeß. So haben wir auf der praktischen Ebene vor Ort durch unsere transparente Vorgehensweise eine Vitalisierung der Öffentlichkeit hervorgerufen, deren Konsequenz auf der abstrakten politischen Ebene eine Pluralisierung der Meinungsbildung erwirkte. Mit dem Zielbewußtsein, eine breite Partizipation an Entscheidungsprozessen zu garantieren, mußte die hierzu wesentliche Produktivkraft Kommunikation zwischen uns, den politisch Verantwortlichen und Betroffenen entfesselt werden.

In dieser Phase agierte das Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation in einem relativ offenen Raum. So wurden Wochenendseminare für Multiplikatoren durchgeführt, die sich in der Regel über 30 Stunden erstreckten, so z. B. für die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern oder für Fürsorger/-innen in der Funktion sozialpädagogischer Fachkräfte in Sachsen.

Vor diesem Erfahrungshintergrund und in Abstimmung mit Fachverwaltungen aus Westdeutschland sowie mit Ausbildungseinrichtungen der DDR, inklusive der kirchlichen, entwickelten wir eigene Vorstellungen von Um-bzw. Nachqualifizierungsprofilen. Diese bezogen sich ausschließlich auf Mitarbeiter/ -innen im Jugend- und Sozialbereich.

Nach kurzer Zeit wurden wir mit der Problemlage konfrontiert, daß eine Vereinheitlichung der Sozialarbeit/ -pädagogik politisch erforderlich sein sollte. Dem Personenkreis der examinierten Fürsorger/-innen aus der ehemaligen DDR wurde ein vergleichbarer Standard mit den Dipl. Sozialarbeiter/-innen/ -pädagog/-innen aus der alten Bundesrepublik für die neue Arbeit angedacht. Dies sollte durch eine „Nachqualifikation" gewährleistet werden. Zur Konkretisierung dieses Vorhabens richtete die Senatsverwaltung für Soziales in Berlin eine Arbeitsgruppe ein, die sich aus Vertretern der Fachhochschulen Westberlins, des Berufsverbandes der Fürsorger/-innen, einigen Bezirksakademien des Gesundheitswesens, der Fachschule für Gesundheitswesen und kirchlichen Ausbildungsstätten der ehemaligen DDR zusammensetzte.

Unter Berücksichtigung der Vorgaben dieser Expertengruppe plante das Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation in Brandenburg erste Maßnahmen. Ein wesentliches Arbeitsprinzip, nämlich die grundsätzliche Kooperation mit Partnern der ehemaligen DDR, später dann deren Nachfolgeorganisationen, wurde schon in der Planungsphase realisiert und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchgehalten. Die Gründe waren überwiegend politischer Art. Unseres Erachtens ist mit einer produktiven, kommunikativen Beteiligung am besten zu gewährleisten, nicht an den vorhandenen Strukturen vorbeizuplanen, respektive vorbeizuarbeiten. Ebenso wichtig ist für uns, daß wir mit einer derart gestalteten Vorgehensweise Arbeitsplätze erhalten oder sogar neue entwickeln können. Dies wirkt motivierend, sowohl für die direkt Betroffenen als auch für diejenigen, die sich in so organisierten Maßnahmen weiterbilden.

Bedarfsanalyse

Will man den Bedarf an professionellen Sozialarbeiter/-innen/ -pädagog/-innen in den neuen Bundesländern bestimmen, so gilt es, mindestens zwei Perspektiven aufzunehmen. Eine Perspektive richtet sich nach den rechtlichen Bestimmungen der Sozialgesetzgebung und den sozialen Programmen aus. Die hier gesetzten Programme gilt es zu steuern und in ihrer Funktionsfähigkeit zu etablieren bzw. zu stabilisieren. Da diese Programme nicht so ohne weiteres in die Strukturen der neuen Bundesländer einzupassen sind, wird es umso notwendiger sein, eine Kompensation der Transformationsschwierigkeiten zu organisieren. Eine Organisationsform, die auch politisch durchsetzbar ist, kann die Professionalisierung sein. Darüber hinaus bedingen die Transformationsschwierigkeiten einen Bürokratismus, der ausschließlich durch ein professionelles methodisches Arbeiten zu reduzieren ist.

Um den Blick für den gesellschaftlichen Bedarf und dessen Ursache an sozialer Arbeit jedoch nicht vollkommen zu verstellen, gilt es eine zweite Perspektive aufzunehmen. Der Bedarf an sozialen Dienstleistungen ist oft durch berufsegoistische Motivationen gesteuert. Wichtiger scheint uns jedoch die Abhängigkeit der sozialen Arbeit von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu sein. Um den Blick von diesen Abhängigkeiten zu reinigen, gilt es

eine Analyse der sozialen Probleme und eine Fokussierung der Problemfelder in die Bedarfsanalyse aufzunehmen. Vorläufig zu nennen wären hier ganz offensichtliche Probleme von Armut, Obdachlosigkeit und Jugendkriminalität, neben Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit.

Ein solches Gerüst der Bedarfsanalyse läßt das dürftige Zahlenmaterial, welches vorhanden ist, durchaus realistisch erscheinen. Gleicht man die Zahlenmaterialien gegeneinander ab, ergibt sich im Bereich der sozialen Arbeit ein Fehlbestand von 30 000 Fachkräften in den neuen Bundesländern. Ein ebenso deutliches Defizit ist auch in der Zahl der Studienanfänger und der qualifizierten Ausbildungsplätze abzulesen (vgl. *Memorandum FHSS* S. 8 f.).

Eine Bedarfsermittlung speziell für den Ostteil Berlins ergibt ein Defizit von ca. 4000 Fachkräften (vgl. ebd., S. 10). Dieses Zahlenmaterial beruht auf der Annahme, daß sich die Einrichtung von Sozialarbeiterstellen und die Konstituierung der entsprechenden Ämter entsprechend den Bevölkerungszahlen und der Bevölkerungsdichte in den alten Bundesländern entwickelt.

Diese Zahlen benennen unseres Erachtens den Mindestbedarf. Sollten weitere Problemfelder – was zu erwarten ist – hinzukommen, wird der objektive Bedarf an professioneller Sozialarbeit in den neuen Bundesländern diese Zahlen weit übersteigen. Besondere Erwähnung sollte eine Problematik finden, welche auch in den alten Bundesländern in ihrer Schärfe erst noch voll aufblühen wird, nämlich die ökologischen Schäden und Probleme im sozialen Gemeinwesen, die in den neuen Bundesländern eine große Brisanz entwickeln werden. Auch die in den alten Bundesländern schon bekannten Problemfelder werden eine besondere Massivität in den neuen Bundesländern entwickeln. Dies begründet sich über den gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß und dessen gewaltige Art und Weise, die bis in die Lebenswelten und Lebensperspektiven der einzelnen Menschen hineinragt. Die Perspektiven sind von den einzelnen durch die Schnelligkeit der Entwicklung nicht einzusehen und genau dadurch wirken sie bedrohlich.

Aktivitäten des Instituts in den neuen Bundesländern einschließlich des Ostteils von Berlin

Aus der Bedarfsanalyse und den politischen Entscheidungen ergeben sich Prioritäten. Um diesen gerecht zu werden, engagiert sich das Institut vorwiegend im Bereich der „Nachqualifizierung" von Fürsorger/-innen. Orientierung für das Institut bezüglich dieser „Nachqualifizierung" ist das schon erwähnte „Berliner Modell", das sich über einen Zeitraum von 560 Stunden erstreckt. Es sieht vier „Bausteine" vor:

1. Recht (BSHG, KJHG, BGB, SGB)
2. Pädagogik/Psychologie
3. Methoden der Sozialarbeit
4. Politik

Wir konzipieren die Kurse so – mindestens in Brandenburg und Sachsen –, daß wir mit einer Änderung, bezogen auf die Stundenzahl, jederzeit flexibel auf politische Vorgaben reagieren können. Hierüber sind die Teilnehmer/-innen informiert. Sie tragen das Risiko, da für sie die Gefahr von Arbeitslosigkeit – bedingt durch erforderliche Umstrukturierungsmaßnahmen im sozialen Bereich – stärker wiegt.

Insbesondere unter diesem Aspekt der Verunsicherung der arbeitenden Fürsorger/-innen hoffen wir, daß wir durch die Fortbildung (Qualifizierung) sowohl eine qualitative Verbesserung der fachlichen Handlungskompetenz der Fürsorger/-innen erreichen als auch eine drohende Arbeitslosigkeit vermeiden können. Dies wurde und wird uns auch immer wieder bestätigt. Nicht zuletzt von der Ministerin für Soziales des Landes Brandenburg, Frau Hildebrand, die unsere Aktivitäten öffentlich unterstützt.

In Brandenburg ist das Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation mit jeweiligen örtlichen Partnern (in der Regel ehemalige Bezirksakademien, aber auch Hochschulen oder noch bestehende Fachschulen) in den Orten Cottbus, Frankfurt/Oder, Eberswalde, Falkensee und Potsdam mit 17 Kursen vertreten. In Berlin laufen zur Zeit 6 Kurse. In Sachsen arbeitet das Institut mit der Leipziger Akademie für Gesundheits- und Sozialwesen zusammen und betreut 3 Kurse. Die Kursstärke liegt zwischen 25 und 30 Teilnehemer/-innen. Betreut werden diese jeweils von den Partnern vor Ort. Insgesamt sind 780 Teilnehmer/-innen in den Kursen. Die Altersstruktur liegt bei durchschnittlich 40 Jahren. Die Anzahl der Frauen macht über 90 % aus. Für die Fürsorger/-innen gilt, daß sie einen freien Tag an 40 Wochenenden opfern. Die Arbeitgeber befreien die Fürsorger/-innen für einen zweiten Tag. Pro Woche werden somit 14 Unterrichtsstunden durchgeführt. Die Finanzierung ist zu 100 % von den jeweiligen Arbeitsämtern gewährlei-

stet. In Berlin und Brandenburg ist das Institut für diesen Bereich staatlich anerkannt.

Eine inhaltliche Abstimmung und Beteiligung mit Dozent/-innen der Fachhochschule war von Anfang an die Regel unseres Planens und Arbeitens. Für die Auswahl der Dozent/-innen ist ausschließlich das Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation verantwortlich. Die eingesetzten Dozent/-innen verfügen alle über Lehrerfahrung in der Erwachsenenbildung. Vor Ort werden dortige Dozent/-innen in der Form der Hospitation einbezogen. Ziel ist es, daß die Kolleg/-innen mehr und mehr die Verantwortung übernehmen sollen. Auch im Hinblick auf die Konstituierung von Fachbereichen Sozialarbeit/ -pädagogik in den Hochschulen oder neu entstehenden Fachhochschulen scheint uns eine solche Beteiligung unbedingt notwendig.

Chancen und Perspektiven

Historisch und inhaltlich haben die Fürsorger/ -innen die deutlichste Affinität zum Berufsbild der Sozialarbeit/ -pädagogik und stellen gegenwärtig auch folgerichtig die Berufsgruppe, die in den verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig ist. In der Einschätzung dieser Affinität besteht weithin Einigkeit aller relevanten Interessenvertreter (Ministerien, Fachhochschulen-West, Fachschulen-Ost, Berufsverbände). Evident aus dieser Einigkeit ist der Gedanke, daß die Fürsorger/-innen der ehemaligen DDR den Sozialarbeiter/-innen/ -pädagog/-innen westlichen Standards anzugleichen sind. Was die Fragen „wie" und „worüber" angeht, gibt es jedoch erhebliche Konflikte.

Teile der verschiedenen Berufsverbände in den neuen Bundesländern fordern eine staatliche Anerkennung zum Sozialarbeiter/-in/ -pädagog/-in ohne jegliche Bedingung. Solch eine Forderung verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Eine Forderung dieser populären Art gerät zusehens in den Verdacht, im Grunde eine „PR-Aktion" zu sein, da selbst diese Gruppierung nicht den Bedarf an einer Nachqualifikation bestreitet. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei den Qualifikationsmaßnahmen, um auch inhaltlich eine Gleichstellung mit dem Dipl. Sozialarbeiter/-in/ -pädagog/-in zu erlangen, ist im Grunde ehrenwert, aber aus berufspolitischen Gründen nicht haltbar.

Eine Konsequenz aus dieser schwachen Position zeigt sich in dem Umstand, daß von verschiedenen Anbietern (teilweise aus berufsfremden Bereichen) Qualifizierungskurse vorgestellt werden, die in nur kurzer Zeit eine Gleichstellung offerieren. Wildwüchse dieser Art haben schon „Wochenendseminare" stattfinden lassen mit dem Versprechen, eine Gleichstellung zu erreichen. In dieser Form werden Bestimmungen von Sozialarbeit impliziert, die diesen Beruf als Profession diskriminieren. Der blinde Gehorsam gegenüber dem Markt – hier ist ein Bedarf sichtbar – sollte von einem überlegten Vorgehen abgelöst werden, damit die Ausbildungs- und Qualifizierungsprofile den sozialen Problemen als Antwort entgegenstehen. Auch sollten die Vorüberlegungen die Folgeprobleme der Bedarfsdeckung berücksichtigen.

Neben dem oben angesprochenen Defizit an qualifizierten Ausbildungsplätzen und noch zu wenig organisierten Qualifizierungsmöglichkeiten, ist es selbst den Fachhochschulen, die in den neuen Bundesländern errichtet werden sollen, nicht möglich, vor 1995 qualifizierte Fachkräfte anzubieten. Bei der Zulassung an Fachhochschulen in den Altländern, so beispielsweise an der FHSS Berlin, sind die Bewerber aus der ehemaligen DDR quotiert, so daß sie für eine Bedarfsdeckung in den neuen Bundesländern eine zu vernachlässigende Größe darstellen. Ebenso kann man nach unseren Beobachtungen eine Abwanderung von Dipl. Sozialarbeiter/-innen aus den Altländern in die neuen Bundesländer nicht feststellen, was durch geringere Gehälter, mangelnde Infrastruktur und Arbeitsplatzhygiene zu begründen ist.

Aufgrund dieser Voraussetzungen ist es also angezeigt, die Bedarfslücken durch Fachkräfte zu schließen, die schon in der ehemaligen DDR in den Bereichen der sozialen Arbeit tätig waren. Dies wirft die Frage auf, was mit dem Personenkreis werden soll, der in originären Funktionen der Fürsorger/-innen beschäftigt ist; sie werden als Hilfsfürsorger/-innen bezeichnet, haben jedoch nicht die klassische Ausbildung durchlaufen.

Darüber hinaus lassen sich neben den Fürsorger/-innen noch andere Berufsgruppen in der ehemaligen DDR finden, die im weitesten Sinne in Feldern der sozialen Arbeit tätig waren. Mit einem hohen Engagement und einer sicher hochwertigen Ausbildung, auch in Hinsicht auf die Fachlichkeit der Sozialarbeit, sind hier die Gemeindediakone zu nennen. Weiterhin gibt es aus dem universitären Bereich Ausgebildete, die in ihrer Berufspraxis Stellen der sozialen Arbeit besetzen. Zu nennen wären hier

z. B. die Kulturwissenschaftler/-innen und Sozialwissenschaftler/-innen.

Aber auch auf der Fachschulebene wäre zu prüfen, ob nicht einige – qualifiziert durch ihre Praxis für eine Qualifizierung – in einer Übergangszeit, die für die einzelnen Grundberufe variieren könnte, in solche Programme der Qualifizierung für soziale Arbeit aufgenommen werden könnten bzw. müßten.

Bei der Ausarbeitung solcher Programme, die im übrigen sehr schnell realisiert werden sollten, wäre unbedingt auch noch eine Tür zu öffnen, die den Personenkreis (der sicher klein ist) berücksichtigt, welcher aus politischen Gründen keine Chance hatte, zu studieren bzw. eine Fürsorger/-inausbildung abzuschließen.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Organisation von Umschulungslehrgängen. Die Richtlinien des Arbeitsamtes bieten einen Rahmen, dies auf einer Ebene zu tun, die akzeptabel ist. Das Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation selbst hat ein Projekt mitorganisiert, orientiert an den Kompetenzen und Kapazitäten der Ausbildungsstätte vor Ort, andererseits auch an den Standards der Sozialarbeiterausbildung in den alten Bundesländern.

Aufnahmekriterien waren ein Hochschulabschluß oder Fachschulabschluß. Der theoretische Block umfaßt 1120 Stunden und wird immer wieder unterbrochen von Praxiseinsätzen. Der Praxisanteil liegt bei 720 Stunden. Unseres Erachtens ist eine Umschulung mit 1840 Stunden durchaus zu vertreten, insbesondere bei Berücksichtigung der Tatsache, daß für die Student/-innen der alten Bundesländer eine ähnliche Stundenzahl für ein Studium der Sozialarbeit/ -pädagogik obligatorisch ist.

Rezension der Grenzen bezüglich der gemachten Erfahrungen während der Nachqualifikation von Fürsorger/-innen

Die Anzahl der Fürsorger/-innen in den „Nachqualifizierungsmaßnahmen" erlaubt uns eine Einschätzung des Lernverhaltens, wenngleich sie nicht repräsentativ sein kann. Wollen wir im Folgenden dieses Lernverhalten problematisieren und Grenzwerte aufzeigen, so deshalb, weil das Lernverhalten von unserer – West – Perspektive beschrieben wird.

Zunächst ist festzustellen, daß die Freiwilligkeit der Teilnehmer/-innen erheblich reduziert ist. Noch krasser reduziert ist die Freiwilligkeit derer, die mit einer ‚Umschulungsmaßnahme' am Ende noch *vor* dem kalten Wasser (Arbeitsmarkt) stehen und nicht genau wissen, ob sie jemand hineinwirft. Der gesellschaftliche Umbruch mit der Aushöhlung der Identitäten der direkt Betroffenen läßt eine starke Verunsicherung entstehen.

Richten wir die Betrachtung auf den Aspekt der Freiwilligkeit, so ist dieser strukturelle Zwang in der Produktivität des Lernens deutlich spürbar. ‚Gehorsam ist nicht produktiv'.

Im Widerspruch zu diesem Zwang steht unter anderem unser Prinzip des diskursiven, kommunikativen Lernens. Verkompliziert durch eine andere Sprache und eine andere Kultur des Sprechens, fällt es schwer, diesen Widerspruch aufeinander zu beziehen. Lösungen sind lediglich unsystematisch in der konkreten Situation zu finden. Provokation, aber auch das mitfühlende Verständnis sind Brückenpfeiler in diesem Dilemma. Am schlechtesten, geradezu kontraproduktiv, ist das Trösten.

Vieles dieser DDR-Kultur wirkt nach wie vor und ist noch längst nicht verstanden. Unsere Möglichkeiten, auf das Gewußte einzugehen, sind zudem noch sehr begrenzt. Die vorgegebenen curricularen Entwürfe – zumindest in ihren zeitlichen Vorgaben – setzen Sachzwänge, die wir nur abmildern können. Die Möglichkeiten, auf das Phänomenale einzugehen, verlangen Anpassungsleistungen von beiden Seiten.

Was schon beim Betreten eines Seminarraumes, bezogen auf die Sitzordnung, auffällt, ist die völlige Andersartigkeit der Aneignungsprozesse von Wissen, von Bildung allgemein. Die didaktischen Grundsätze sind – erklärtermaßen – in einer Art vorgegeben, die nicht anders als autoritär strukturiert zu benennen sind. Die Teilnehmer/-innen reagieren auf unsere Art und Weise, die ja, wie schon gesagt, explizit anderes versucht, geringstenfalls am Anfang dementsprechend verunsichert. Abwehr, Angst oder Resignation sind Gefühle, die in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen sind.

Der Umstand, daß die Fürsorger/-innen die „Nachqualifikation" in der Regel berufsbegleitend absolvieren, läßt auf der privaten wie auf der beruflichen Ebene Schwierigkeiten aufkeimen, die in den Gefühlen der Teilnehmer/-innen ambivalent beantwortet werden. Durch die andere Art der Vermittlung werden Genußsei-

ten von Bildung entwickelt, die trotz zum Teil bitterer Erkenntnis (z. B. Helfersyndrom), eine mutige Entscheidung herausfordern. Sogar bei sehr extremen Drohungen (z. B. Entlassung/ Scheidung) oder stark moralischen Forderungen (Vernachlässigung der Beziehung/Belastung der Kolleg/-innen) bleiben viele Fürsorger/-innen selbstbewußt handlungsfähig. Emanzipatorische Momente von Bildung, verstärkt durch konkreten Aufklärungsgehalt, wirken auf das Selbstverständnis als „Helfer" und die Fähigkeit der Reflexion, bezogen auf die gesellschaftliche Funktion.

Die Funktion von sozialer Arbeit hatte in der ehemaligen DDR notwendig eine besondere Brisanz, waren doch die zu behandelnden Problemlagen durch den sozialistischen Interpretationsrahmen in hohem Maße vordefiniert. Durch die oben beschriebenen Möglichkeiten der Reflexion werden vergangene, Jetzt- und Zukunfthandlungen neu bestimmt und bedingen oftmals einen Prozeß der Trauer. Der weggefallene, aber in jahrzehntelanger Praxis verinnerlichte sozialistische Interpretationsrahmen bestimmt die diffizile Problematik (vgl. *Moser, T.*: ND, 28.3.91). Vollends ins Bewußtsein rückt sich dieser Umstand bei der Bearbeitung der Widerstände, wenn innerhalb der „Nachqualifikation" auch politische Bildung solcherlei Fragen miteinbezieht. Verkompliziert wird dies noch, da aus der Lebenserfahrung der Teilnehmer/-innen der Begriff *politische Bildung* schon diskreditiert ist, bekannt geworden als politische Indoktrination, politische Agitation bzw. Propaganda, oder zur scheinbaren Legitimation verkrusteter gesellschaftlicher Verhältnisse. In der Konsequenz führte dies zu einer widerwilligen Pflichtübung, zur Abstumpfung und einem eher unbewußten Protest (vgl. *Berg, F.*: Gesellschaftliche Probleme einer demokratischen politischen Bildung in der DDR, in: *Hemmer, H. D., Stolt, F. D.* (Hrsg.): Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Bund-Verlag 1990, S. 236 f.).

In der Vordiskussion der Nachqualifikation wurde eben dieser inhaltliche Teilbereich auch heftig diskutiert, seitens der Berufsverbände wurde das Fach Politik oder auch Sozialpolitik für die Nachqualifikation abgelehnt. Bei den vom Institut für Soziale Planung, Beratung und Organisation durchgeführten Nachqualifizierungskursen wird gerade im Fach Politik – wie schon angedeutet – immer wieder deutlich, daß insbesondere unter den oben erläuterten Bedingungen Lernen und Bildung eben nicht als das bloße Aneignen von theoretischen Kenntnissen und handlungsrelevanten Fakten verstanden werden kann.

Wenn wir als abstrakte Zielvorgabe die Veränderung der Praxis von sozialer Arbeit, ihre Professsionalisierung und qualitative Kaufwertung formulieren, so müssen in den Seminarveranstaltungen neben reinen Fakten, bezüglich des Staatsaufbaus der Bundesrepublik etc., auch emotionale Einstellungen, Denk- und Handlungsweisen sichtbar werden können, ohne die die Menschen in der Praxis ihre Verhaltensmuster vielleicht fachgerecht, aber sicherlich nicht sachgerecht verändern können. Aus dem lerntheoretischen Blickwinkel sind Veränderungen jedoch vielfach mit Unsicherheit, Angst bzw. ablehnender Grundhaltung verbunden. Zudem ist das Lernen von Erwachsenen i. d. R. vergangenheits-determiniert, d. h. Umlernen, also das Verlernen alter Denkmuster ist schwieriger als das Erlernen von neuen Inhalten. Demgegenüber steht zumindest die hohe Motivation der Teilnehmer/-innen durch die Nachqualifikation möglichst bald Handlungskompetenz zu erlangen, die in der täglichen Praxis dringend gefordert ist.

Wenn im Fach Politik, wie auch in den anderen Veranstaltungen, die genannten Vorbehalte dennoch spürbar sind, wird deutlich, daß die Motivation allein das Problem keineswegs auflöst, sondern nur relativiert. Durch den zeitlich vorgegebenen Rahmen von 80 Stunden in dem Fachgebiet Politik und auch den insgesamt vorgegebenen 560 Stunden nach dem „Berliner Modell" ist die genannte Zielvorgabe sicherlich nur ansatzweise einzulösen, sicherlich auch nur bei einem Teil der Teilnehmer/-innen.

Um so unverständlicher wirkt auf alle unmittelbar Beteiligten die Diskussion, die „Nachqualifikation" der Fürsorger/-innen in der Stundenzahl zu reduzieren und damit auf der abstrakten Ebene eine Gleichstellung mit Dipl. Sozialarbeiter/-innen/ -pädagog/-innen zu unterstellen.